Investor-state Dispute Settlement under TTIP â a Risk for Environmental Regulation?

Publikation

Bericht

Zitiervorschlag

Gerstetter, Christiane und Nils Meyer-Ohlendorf 2013: Investor-state Dispute Settlement under TTIP â a Risk for Environmental Regulation?, Heinrich-BÃ¶ll-Stiftung: Berlin.

In dieser Studie fÃ¼r die Heinrich-BÃ¶ll-Stiftung beschÃ¤ftigen sich Christiane Gerstetter und Nils Meyer-Ohlendorf vom Ecologic Institut mit dem "I" in TTIP â Investitionsschutzregeln im transatlantischen Handels- und Investitionsschutzabkommen (TTIP). Dieses wird derzeit zwischen den USA und der EU verhandelt. Die Studie analysiert den Einfluss von Regeln Ã¼ber Streitbeilegungsverfahren zwischen Investoren und Staaten (ISDS) auf Umweltregulierung. ISDS Regeln bieten Investoren die MÃ¶glichkeit, ihren Gaststaat wegen angeblicher Verletzung eines Investitionsabkommens direkt zu verklagen. Solche Regeln sind laut der Studie in TTIP Ã¼berflÃ¼ssig; sowohl die USA als auch die EU haben rechtsstaatliche Systeme, die Investoren hinreichenden Schutz bieten. Dem gegenÃ¼ber stehen erhebliche Risiken fÃ¼r umweltbezogene Regulierung, denn Vorschriften Ã¼ber den Investitionsschutz sind hÃ¤ufig weit formuliert und werden von Schiedsgerichten sehr unterschiedlich ausgelegt. Dies kann dazu fÃ¼hren, dass Staaten fÃ¼r UmweltschutzmaÃnahmen zu Schadensersatzzahlung verurteilt werden. Die Studie empfiehlt daher, ISDS Regeln nicht in TTIP aufzunehmen.

Investitionsregeln sind vage formuliert und schaffen Risiken fÃ¼r staatliche Regulierung

Das Verhandlungsmandat der EU Kommission fÃ¼r TTIP und der US-amerikanische Modellvertrag fÃ¼r Investitionsabkommen enthalten RegelungsvorschlÃ¤ge zu ISDS. Es gibt dabei eine Reihe von Investitionsregeln, die hÃ¤ufig zu finden sind und die gleichzeitig das Risiko negativer Auswirkungen auf die regulatorische Freiheit von Staaten mit sich bringen: das Erfordernis der "fairen und gleichen Behandlung" fÃ¼r Investoren, das Verbot (indirekter) Enteignungen und sogenannte Schirmklauseln. All diese Regeln sind weit und vage formuliert; sie werden von Schiedsgerichten unterschiedlich ausgelegt.

Schiedsgerichte in Investitionsverfahren erklÃ¤ren nie umweltbezogene Regelungen unmittelbar fÃ¼r ungÃ¼ltig oder intervenieren in Ã¤hnlich direkter Weise sonst in umweltbezogene staatliche Regulierung. Sie haben jedoch wiederholt Investoren erheblichen Schadensersatz wegen einer Verletzung von Investitionsschutznormen zugesprochen. Sollten solche Regeln Teil von TTIP werden, bedeutet dies nicht automatisch, dass die EU oder die USA keine UmweltschutzmaÃnahmen mehr

ergreifen kÃ¶nnen oder jedes Mal dafÃ¼r Investoren Schadensersatz zahlen mÃ¼ssen. Der Ausgang von internationalen Schiedsgerichtsvefahren ist jedoch unvorhersehbar. Einige Investitionsschiedsgerichte verfolgen eine restriktive Linie gegenÃ¼ber der Regelungshoheit von Regierungen; andere haben entschieden, dass bestimmte staatliche MaÃnahmen Investitionsschutzregeln nicht verletzen. Diese Unsicherheiten fÃ¼hren zu erheblichen Risiken fÃ¼r Umweltregulierung; diese werden noch verschÃ¤rft dadurch, dass Investitionsschutzregeln in der Praxis der Streitschlichtung hÃ¤ufig weit und investorenfreundlich ausgelegt werden.

Keine guten Argumente fÃ¼r ISDS in TTIP â und viele dagegen

Es gibt demgegenÃ¼ber keine guten Argumente fÃ¼r ISDS-Regeln in TTIP. Sowohl die USA als auch die EU sind entwickelte Rechtsstaaten. Es gibt keinerlei Anzeichen dafÃ¼r, dass Investoren in diesen Rechtssystemen bisher nicht hinreichend geschÃ¼tzt waren. Es gibt keine Investitionsabkommen zwischen den US und den alten EU MitgliedslÃ¤ndern; dennoch stammen die HÃ¤lfte der Auslandsinvestitionen in der EU und den USA aus dem jeweils anderen Wirtschaftsraum. Investoren scheinen also auch ohne Investitionsabkommen zufrieden mit den Rechtssystemen auf der jeweils anderen Seite des Atlantiks.

ISDS gibt auslÃ¤ndischen Investoren einen zusÃ¤tzlichen Rechtsweg, den einheimische Wettbewerber nicht haben. Der Umfang der InvestitionstÃ¤tigkeit im US-EU VerhÃ¤ltnis kÃ¶nnte zu einer erheblichen Anzahl an StreitfÃ¤llen fÃ¼hren. Viele Verfahren, die normalerweise von nationalen Gerichten entschieden wÃ¼rden, kÃ¶nnten vor internationale Schiedsgerichte gehen. Richter auf nationaler Ebene, die gewÃ¤hlt wurden oder von gewÃ¤hlten ReprÃ¤sentanten ernannt wurden, wÃ¼rden umgangen.

Das Risiko solcher Verfahren kÃ¶nnte als Bremse fÃ¼r kÃ¼nftige UmweltmaÃnahmen in der EU und den USA wirken. FÃ¼r den Fall einer Einbeziehung von ISDS in TTIP macht die Studie einige VorschlÃ¤ge, wie solche Regelungen ausgestaltet sein kÃ¶nnten, um Risiken fÃ¼r die Staaten mÃ¶glichst zu minimieren.

Sprache

Englisch

Autorenschaft

Dr. Christiane Gerstetter
Dr. Nils Meyer-Ohlendorf

VerÃ¶ffentlicht in

TTIP Series

Jahr

2013

Umfang

25 S.

Projekt

Streitbeilegungsverfahren zwischen Investoren und Staaten im TTIP

Projekt-ID

221-15

Inhaltsverzeichnis

Executive summary
1 Introduction
2 Background
3 ISDS and environmental regulation â past experiences
3.1 Case law on investment norms and its implication for environmental regulation
3.1.1 Fair and equitable treatment
3.1.2 Expropriation
3.1.3 Umbrella clause
3.1.4 Conclusions
3.2 Phrasing rules on investment protection differently â a solution?
3.2.1 Exception clauses
3.2.2 Defining critical terms
3.2.3 Conclusions
4 ISDS under TTIP â a contested instrument
4.1 EU and US
4.2 Business sector
4.3 Civil society
5 Conclusions and policy recommendations
References
Annex:
legal provisions

SchlÃ¼sselwÃ¶rter

Finanzen
Handel
TTIP, Transatlantic Trade and Investment Partnership, Investitionen, Handel, Schiedsgerichte, Investitionsstreitigkeiten, Investitionsabkommen, ISDS, ICSID
USA, EU

Source URL: *https://www.ecologic.eu/10402*